

Rückblick: Die Situation am Ende des Jahres 1947

„Fast alle Hoffnungen, die man zu Anfang des Jahres auf die Wirtschaftsentwicklung setzen zu können glaubte, sind in ganz Deutschland enttäuscht worden. Die wirtschaftliche Einheit Deutschlands ist ein Traum geblieben.“ Mit diesen Sätzen begann die von der amerikanischen Besatzungsmacht herausgegebene „Neue Zeitung“ am 23. Dezember 1947 ihre wirtschaftspolitische Jahresbilanz unter der bezeichnenden Überschrift „Jahr der Enttäuschung“. In der Tat hatten Millionen Deutsche in Ost und West den Jahreswechsel 1946/47 in der Hoffnung begangen, daß es nur noch besser werden könne. Eine weitere Verschlechterung der deutschen Situation schien nicht mehr denkbar. Das war ein böser Trugschluß. Das zweite Nachkriegsjahr übertraf an materieller Not, politischer Bedrängnis, allgemeiner Resignation und Erschöpfung noch weit das erste. Wo war jener Silberstreif der Hoffnung am Horizont erkennbar, dessen die Deutschen nach 68 Monaten eines mörderischen Krieges und nach dem militärischen, politischen und moralischen Zusammenbruch so sehr bedurften? Allenfalls in den Westzonen, aber auch dort nur in Ausnahmefällen, für Bevorzugte, regional. In der Ostzone überhaupt nicht.

1947 wird oft als das erste Jahr des Kalten Krieges zwischen Ost und West bezeichnet. Das ist nicht zutreffend. Bereits im Jahre zuvor hatte der Streit zwischen den Alliierten über die Frage der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands begonnen. Auf der Juli-Konferenz der vier Außenminister in Paris drohten die Westmächte der Sowjetunion sogar mit dem Abschluß separater Verträge, falls ein Gesamtfriedensvertrag mit Deutschland nicht zustande kommen sollte. Die Vereinigung der amerikanischen und britischen Besatzungszone zur sogenannten „Bizone“ am 2. Dezember 1946 war die Konsequenz, die der Westen aus den Meinungsverschiedenheiten mit den Sowjets zog. Damit setzten diese Mächte zugleich einen Prozeß in Gang, der bis zum Herbst 1949 zur Errichtung von zwei deutschen Staaten führte.

1947 brach dann der Konflikt zwischen den Sowjets und ihren ehemaligen westlichen Kriegsverbündeten über das deutsche Problem in voller Breite auf. Die Außenministerkonferenzen des Jahres, die erste im Frühjahr in Moskau, die zweite im Spätherbst in London, verschärften nur noch die Gegensätze. Sie betrafen nun sowohl die Regelung der Grenzfrage, die Beteiligung der Sowjets an der Ruhrkontrolle als auch die Errichtung einer deutschen Zentralregierung. – Die Londoner Konferenz wurde ergebnislos abgebrochen und auf unbestimmte Zeit vertagt. Man

hatte offenbar schon damals die Hoffnung aufgegeben, sich über die Wiederherstellung eines einheitlichen deutschen Staates einigen zu können. Die Deutschen aber haben das erst sehr viel später begriffen, in ihrer Mehrheit wohl erst zwanzig Jahre danach, einige sogar noch nicht einmal dann.

Die immer schärferen Auseinandersetzungen auf den Viererkonferenzen über Deutschland spiegelten nur wieder, was an Gegensätzlichem durch die Besatzungsmächte in den von ihnen kontrollierten Gebieten geschaffen worden war. Die Beschlüsse von Potsdam, in denen sich die USA, Großbritannien und die Sowjetunion verpflichtet hatten, Deutschland während der Besatzungszeit als wirtschaftliche Einheit zu betrachten, haben praktisch noch nicht einmal ein Jahr lang Bestand gehabt. Die Sowjets waren sofort daran gegangen, in ihrer Zone die Fundamente des „bürgerlich-kapitalistischen Systems“ zu zerstören: alle Großgrundbesitzer entschädigungslos zu enteignen, ebenso die Großindustriellen, später auch die Großbauern, dann mittlere und kleine Unternehmer, soweit diese politisch oder militärisch belastet waren. Wobei sich die politische Belastung durchaus nicht immer nur aus nationalsozialistischen Aktivitäten zwischen 1933 und 1945 ergab.

In den Westzonen wurden zwar Hunderte von Industriebetrieben zu Reparationszwecken demontiert, die Gesellschaftsordnung indessen nicht angetastet. Das Privateigentum, auch und gerade das an Produktionsmitteln, wurde bewußt gefördert.

In der sowjetisch besetzten Zone war seit 1945 eine kalte Revolution im Gange mit dem Ziel, ein sozialistisches Gesellschaftssystem zu schaffen, das sich wesentlich am sowjetischen Vorbild orientierte. Die Zerschlagung der ökonomischen Basis der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft ging einher mit einer bewußten Diskriminierung aller Bevölkerungsschichten, die den Sowjets und der von ihr gelenkten und gestützten kommunistischen Partei (SED) bei dem politischen und gesellschaftlichen Umsturz hinderlich sein konnten. Kinder bürgerlicher Eltern wurden zum Studium nicht zugelassen, sogenannte Volksrichter¹ lösten die z. T. nationalsozialistisch belasteten Richter ab, die aus der Vorkriegs- und Kriegszeit stammende Lehrerschaft wurde weithin durch Neulehrer ersetzt, das Berufsbeamtentum abgeschafft. Nicht alle Neuerungen waren schlecht, manche durchaus zweckmäßig und nur deshalb fragwürdig, weil sie mit neuem Opportunismus, neuen Privilegien für bestimmte Teile des Volkes verbunden waren; auch mit einem neuen Bonzentum, das kaum sympathischer war als das verflossene.

Die meisten Bürger Mitteldeutschlands standen diesen revolutionären Vorgängen verschreckt und fassungslos gegenüber. Dem Terror des Nationalsozialismus und des Krieges gerade entronnen, sahen sie sich nun neuen politischen Pressionen ausgesetzt. Dazu kamen Übergriffe der Besatzungsmacht. Die Deportation deutscher Facharbeiter und Wissen-

schaftler in die Sowjetunion im Oktober 1946, die Verhaftung von Studenten und ihre Verurteilung zu langjähriger Zwangsarbeit im Frühjahr 1947, die Massenverhaftungen angeblicher Kriegsverbrecher im Sommer des gleichen Jahres, die Internierung tausender Männer, Frauen, Kinder und früherer Kriegsgefangener, die Verschleppung des Berliner Journalisten Dieter Friede durch Agenten des sowjetischen Geheimdienstes im November und nicht zuletzt ein massiver Druck sowohl 1946 bei den Gemeindewahlen als auch bei den Studentenratswahlen im Jahr 1947 auf die Vertreter der bürgerlichen Parteien CDU und LDP – das alles erschwerte die Selbstbesinnung der Deutschen, das Erkennen des Unrechts, das sie Jahre hindurch anderen zugefügt hatten.

Dazu trug die Bevölkerung noch weitere schwere Belastungen, für die man die Sowjets und ihre deutschen Beauftragten nicht verantwortlich machen konnte. Mitte Dezember 1946 hatte einer der härtesten Winter dieses Jahrhunderts eingesetzt. Die Frostperiode dauerte, mit einigen kurzen Unterbrechungen von jeweils nur wenigen Tagen, drei Monate. Die mittlere Temperatur des Monats Februar lag z. B. im Raum Berlin bei –8,4 Grad Celsius. Die Menschen froren erbärmlich in ihren schlecht geheizten, abends wegen der Stromsperren meist dunklen Wohnungen, die häufig noch die Spuren des Bombenkrieges und der Straßenkämpfe vom Frühjahr 1945 trugen und deshalb nur notdürftig abgedichtet waren. Viele ältere Menschen, die den Krieg überstanden hatten, wurden nun ein Opfer der barbarischen Kälte. Dazu kam der Hunger. Die ohnehin völlig unzureichenden Tagesrationen von 1200 Kalorien für die „Normalverbraucher“ (Angestellte, Hausfrauen, Nichtbeschäftigte) konnten zumeist nicht voll geliefert werden.² Wer nicht verhungern wollte, mußte Geld haben oder es sich durch den Verkauf von Möbeln, Kleidungsstücken und Wertgegenständen verschaffen. Mit diesem Geld konnte er auf dem Schwarzen Markt für horrenden Summen Nahrungsmittel kaufen. Wer nichts zum Verkaufen oder Tauschen besaß, starb an Unterernährung.

Als der Frost vorüber war, kam ein warmes Frühjahr, danach ein langer, heißer und trockener Sommer. Trockenheit und Hitze brachten Mißernten. Kartoffelkäfer auf den Feldern Brandenburgs und Mecklenburgs besorgten das übrige. Im Juli brach die Versorgung der Bevölkerung erneut zusammen.³ Nun starben die Menschen nicht mehr an Kälte und Hunger, sondern an Hitze und Unterernährung. Oder an der spinalen Kinderlähmung, die im Sommer 1947 allein in Berlin 2400 Erwachsene und Kinder niederwarf.⁴

Grund genug für Resignation und Apathie. Der Kampf ums Überleben verzehrte die letzte Kraft. Dennoch waren in diesem Jahr 1947 Zehntausende in den bürgerlichen Parteien LDP und CDU als Abgeordnete und Funktionäre tätig, tapfer gegen den Strom der politischen Entwicklung schwimmend. Sie kämpften für die Erhaltung bzw. Wiederherstellung der bürgerlichen Demokratie, nicht ahnend, daß dieser Kampf bereits verlo-

ren war, ehe er noch richtig begann. Die im Sommer 1945 in dem zerbombten Berlin gegründete, von den Sowjets lizenzierte Liberal-Demokratische Partei hatte sich erstaunlich gut entwickelt. Am 1. Juni 1947 zählte sie bereits 170 000 Mitglieder.⁵ Bei den Gemeindewahlen im September 1946 erhielt die LDP in den Ländern der SBZ 21,1 Prozent der Stimmen, obwohl sie nur in 882 der insgesamt über 11 000 Gemeinden Wahlvorschläge einreichen durfte. Noch größer war der liberal-demokratische Wahlerfolg bei den Landtagswahlen einen Monat später. Sie vereinigte auf ihre Listen fast 25 Prozent aller abgegebenen Stimmen und erhielt 122 der insgesamt 520 Mandate.⁶

Erfolgreich schienen auch die Bemühungen der LDP-Führung um eine Vereinigung mit der Schwesterpartei in den Westzonen, der Freien Demokratischen Partei. Im Mai 1946 waren die Vertreter aller liberalen Parteien in den vier Besatzungszonen Deutschlands in Bad Pyrmont zusammengetroffen. Sie beschlossen, ihre Organisationen baldmöglichst zu einer gesamtdeutschen liberalen Partei zusammenzuschließen. Das geschah im Februar 1947 in Rothenburg ob der Tauber. Jedenfalls glaubten die Liberalen damals, daß sie nun die Demokratische Partei Deutschlands (DPD) gegründet hätten. Theodor Heuss und Wilhelm Külz wurden zu gleichberechtigten Vorsitzenden gewählt. Dieser liberale gesamtdeutsche Verbund existierte jedoch nicht einmal ein ganzes Jahr. Dann waren die beiden liberalen Parteien politisch und organisatorisch weiter auseinander als zuvor.

Bereits fünf Monate nach der spektakulären Vereinigung von Rothenburg kam es im Juli auf dem zweiten Zonenparteitag der LDP in Eisenach zu erbitterten Auseinandersetzungen zwischen der LDP-Führung und den FDP-Vertretern aus den Westzonen. Aktueller Anlaß war das Debakel der ersten und letzten Tagung der Ministerpräsidenten aller deutschen Länder in München im Juni des gleichen Jahres.⁷ Külz hatte die Haltung der Ostzonen-Ministerpräsidenten gebilligt, die bereits am Vorabend der Konferenz München wieder verließen, weil sich die Regierungschefs der Westzonen weigerten, die Bildung einer deutschen Zentralregierung auf die Tagesordnung zu setzen. Die westlichen Besatzungsmächte hatten angeordnet, die Frage der Einheit Deutschlands nicht zu diskutieren, die sowjetische Besatzungsmacht gab „ihren“ Ministerpräsidenten ein entgegengesetztes Verhandlungskonzept mit auf den Weg.

Das alles stand nun auf dem Eisenacher Parteitag im Mittelpunkt gegenseitiger Beschuldigungen. Es war aber auch insbesondere für die Gruppe des Westberliner FDP-Vorsitzenden Schwennicke Anlaß für eine Generalabrechnung mit dem Kurs des LDP-Vorsitzenden Külz.

Als dann im November des gleichen Jahres die LDP-Führung nach einigem Zögern und unter massivem Druck der sowjetischen Besatzungsmacht ihre Teilnahme an dem von der SED nach Berlin einberufenen „Volkskongreß für Einheit und Frieden“ zusagte, kündigte die FDP die weitere Zusammenarbeit mit der LDP auf. Der „Volkskongreß“ hatte von

der Londoner Außenministerkonferenz einen Friedensvertrag für Deutschland auf der Grundlage der Verträge von Jalta und Potsdam gefordert.

Kontakte von LDP-Mitgliedern zur FDP, die nicht ausdrücklich von der Besatzungsmacht gebilligt oder gewünscht worden waren, galten von nun an als illegal. Im weiteren Verlauf der Entwicklung wurden solche Verbindungen von den Sowjets mehr und mehr als eine Art antisowjetische Kollaboration mit dem Klassenfeind betrachtet, vor allem, wenn es sich dabei um die Westberliner FDP Schwennickes handelte. Wer bei solchen Kontakten ertappt wurde, konnte mit Verhaftung durch den MWD⁸ sowie gegebenenfalls mit harten Strafen durch ein sowjetisches Militärtribunal rechnen.

So sah es in Deutschland aus, als ich zu Beginn des Jahres 1948 Kreissekretär der LDP in Potsdam wurde. Ich war im Herbst 1946 der Partei beigetreten in der Hoffnung, damit meine Chancen für die Immatrikulation an einer der Ostzonen-Universitäten erhöhen zu können. Diese Hoffnung war eine Illusion. Nicht einmal ein befürwortender Brief des Vorsitzenden Külz an die zuständige Behörde im Sommer 1947 hatte deren ablehnende Haltung zu beeinflussen vermocht. Die Tore der Hochschulen blieben mir versperrt. Ich gab zwar die Hoffnung noch immer nicht auf, wollte aber die vor mir liegende Wartezeit durch eine festbezahlte Tätigkeit überbrücken, nachdem ich in den Jahren zuvor an Krankenhäusern umsonst gearbeitet hatte oder für das Landesgesundheitsamt Berlin ohne nennenswerte Entlohnung tätig gewesen war.

Der Potsdamer Kreisverband der LDP hatte zu Beginn des Jahres 1948 etwa 200 Mitglieder, überwiegend Beamte, Angestellte, Gewerbetreibende, Hausfrauen und Rentner. Bei den Landtagswahlen am 20.10.1946 erhielt die LDP in Potsdam 12,5% der abgegebenen Stimmen. Das Durchschnittsalter der Mitglieder war relativ hoch: ein Zehntel bereits älter als 70 Jahre, ein Viertel über 60, nur etwa 30 Mitglieder jünger als 30 Jahre.⁹ Die älteren Parteifreunde waren zumeist schon in der Weimarer Republik politisch tätig gewesen, als Mitglieder der Deutschen Demokratischen Partei¹⁰ oder der Deutschen Volkspartei.¹¹ Ehemalige Nationalsozialisten konnten zu diesem Zeitpunkt noch nicht der LDP angehören, sondern nur Anwärter sein. Erst im Winter des Jahres 1947/48 wurden sie, sofern sie nicht durch besondere Aktivitäten im Hitlerreich belastet waren, als gleichberechtigte Mitglieder in die Partei aufgenommen.

Der Vorsitzende des Potsdamer Kreisverbandes war Dr. Carl Mühlmann, Stadtrat für Gesundheitswesen in Potsdam und Abgeordneter des brandenburgischen Landtags. Ein humanistisch gebildeter, freundlicher und hilfsbereiter Herr von damals fast 66 Jahren, Junggeselle. Er hatte dem Kaiserreich als aktiver Offizier gedient und es im Ersten Weltkrieg bis zum Major gebracht. Zwischen den Kriegen arbeitete er im Heeresarchiv auf dem Brauhausberg in Potsdam. Sein Wahlspruch „fortiter in re,

suaviter in modo“ verband Preußisches mit der ihm angeborenen Charaktereigenschaft, ein vorsichtiger Mann zu sein. Das hat ihn bis zu seinem Tode im Dezember 1960 alle Krisen der LDP überstehen lassen.

Das Parteibüro des Kreisverbandes befand sich damals im Westflügel des Nauener Tores, eines mit zwei gotischen Türmen verzierten Bauwerks aus dem Jahre 1755, das die im Zweiten Weltkrieg weitgehend zerstörte Potsdamer Altstadt nach Norden hin abschließt. Das Büro bestand aus einem kleinen dunklen, spärlich eingerichteten ebenerdigen Raum, durch dessen einziges Fenster man auf die Tordurchfahrt blickte. Daneben ein größerer, noch dunklerer Raum, in dem außer längst vergilbten Plakaten aus der sechsendvierziger Wahlkampagne an den Wänden nur ein langer, altmodischer, mit zerschlissenem grünem Wachstuch bezogener Tisch und eine Reihe von Stühlen unterschiedlichster Provenienz zu finden waren: das Sitzungszimmer des Kreisvorstandes. In diesen Räumen begann ich am 2.1.1948 meine Arbeit.